

Nationalrat schnürt kein Paket

Grosse Kammer will Weiterführung und Ausweitung der Personenfreizügigkeit nicht zu einer Frage verknüpfen

Anders als der Ständerat findet der Nationalrat: Die Weiterführung und die Ausweitung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind zwei separat zu beurteilende Fragen. Nicht inhaltliche, sondern abstimmungstaktische Überlegungen gaben den Ausschlag.

MARC LETTAU

Das Volk werde hintergangen, wenn man ihm nicht zwei gesonderte Fragen unterbreite. So argumentierten gestern im Nationalrat die einen. Das Volk werde hintergangen, wenn man ihm tatsächlich zwei Fragen unterbreite und damit vorgaukle, es gebe überhaupt eine Wahlfreiheit. So argumentierten die anderen. Kurz: Fürs eigene Argumentarium genutzt wurde gestern das abwesende Volk sowohl von Gegnern wie Befürwortern einer «Paketlösung». Ob der Entscheidung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten und jener über deren Ausweitung auf die beiden jüngsten EU-Staaten Bulgarien und Rumänien formell zu trennen sei, stand erst nach über sechsständiger Redeschlacht fest: Der Nationalrat ist zwar mit überwältigendem Mehr für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit (Abstimmungsergebnis 175:10) und klar für deren Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien (134:45) – aber er sprach sich im Gegensatz zum Ständerat dennoch dafür aus, Weiterführung und Ausweitung nicht in eine Vorlage zu packen (101:82).

Der Nationalrat reagiert damit unter anderem auf die Referendumsdrohungen der SVP. Diese kämpft gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit, weil sie den Erweiterungsautomatismus nicht hinnehmen will. Würden die Vorlagen nicht getrennt, müsste die SVP halt «gezwungenermassen» gegen das Gesamtpaket das Referendum ergreifen, bedauerte SVP-Präsident Toni Brunner gestern im Rat. Diese Drohgebärde und die Furcht vor dem daraus resultierenden Total-schaden in Sachen Personenfreizügigkeit dürfte wesentlich zum Entscheid beigetragen haben, das Geschäft formell aufzuteilen (siehe Kommentar auf Seite 1). Entscheidend ist nun zunächst, ob der Ständerat seine bisherige Haltung korri-



Will keine Ausdehnung und fordert steuerpolitische Gegengeschäfte: SVP-Vertreter Christoph Mörgeli in Fahrt. LUKAS LEHMANN/KEYSTONE

gieren wird. Schwenkt auch er auf Trennung um, rückt die Frage in den Fokus, ob es per Referendum überhaupt beide Fragen bis vors Volk schaffen oder nur die von der SVP bekämpfte Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien.

Die Mehrheit der Befürworterinnen und Befürworter der Ausweitung der Personenfreizügigkeit bemühte sich bereits klarzumachen, dass die Trennung der Vorlage keine wirkliche Wahlfreiheit bedeute. «Es ist eine Scheinwahlfreiheit», sagte

Mario Fehr (sp, ZH), denn wer behaupte, es gebe eine Personenfreizügigkeit à la carte, «hat entweder die Funktionsweise der EU nicht begriffen oder behauptet wissentlich etwas Falsches». Das Volk wird sich übrigens noch etwas länger mit

dem Dossier auseinandersetzen dürfen: Nach sieben Jahren soll die Weiterführung der Personenfreizügigkeit erneut zur Diskussion stehen. Diesen Entscheid fällt der Rat gestern auf Antrag von Hugo Fasel (csp, FR) mit 105 zu 70 Stimmen.

LIBERALES PRINZIP

Josef Lang (grüne, ZG)

«Die Personenfreizügigkeit ist ein liberales Grundprinzip. So ging es bei der Gründung unseres Bundesstaats 1848 wesentlich um die Personenfreizügigkeit zwischen einem Kanton und allen anderen Kantonen. 1874 wurde die Personenfreizügigkeit auf alle Personen – auch auf die Juden – ausgedehnt. Die Juden in der heutigen Debatte sind die Roma, und alle Kantone stehen heute vor allem für Bulgarien und Rumänien. Damals war es für die Schweiz undenkbar, ärmere Kantone auszuschliessen. Heute ist es für die EU undenkbar, ärmere Staaten auszugrenzen.»



GRUNDFRAGE

Christa Markwalder (fdp, BE)

«Es ist eine abstimmungstaktische Formalität, ob die Weiterführung und die Ausweitung der Personenfreizügigkeit in einem oder in zwei Bundesbeschlüssen verabschiedet werden: Es geht bei jeglichen Referendumsabstimmungen um die Grundfrage, ob wir die Personenfreizügigkeit mit der EU wollen oder nicht. Sagen wir Nein, werden wir auf Feld 1 zurückgesetzt, auf die Position der Isolation wie nach dem EWR-Nein. Da müssen sich die Neinsager die Frage gefallen lassen: Wollen Sie noch einmal ein Jahrzehnt der Rezession, Verschuldung und Arbeitslosigkeit erleben?»



LINK ZUR STEUERFRAGE

Christoph Mörgeli (svp, ZH)

«Mit der Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien kommen wir der EU entgegen. Wir nehmen damit viel in Kauf und geben viel her. Ich erinnere an die Verhältnisse in Italien. Wenn wir diesen Weg weitergehen, dann müssen wir auch ein Pfand bekommen. Die Gegenleistung für unser grosses Entgegenkommen ist die schriftliche Erklärung der EU, dass sie die Steuersouveränität der Schweiz künftig respektieren wird. Die EU ist schlau, in der Regel schlauer als wir. Sie gibt uns Zeit, damit wir Bulgarien und Rumänien durchwinken, und dann wird der Druck in der Steuerfrage wieder erhöht.»



FUNDAMENTALGEGNER

Lukas Reimann (svp, SG)

«Mir ist es wurst, ob die freie Einwanderung heute, in sieben Jahren oder in zehn Jahren kommt – Hauptsache, sie kommt nicht. Jetzt zu sagen, die Personenfreizügigkeit habe keine negativen Auswirkungen auf die Schweiz, ist sehr gewagt. Westliche Staaten haben grösste Probleme mit osteuropäischen Zuwanderern. Arbeitslosigkeit und Kriminalität nehmen zu. Junge rumänische Politiker haben mir gesagt: Ihr kriegt die Sinti und die Roma nicht in den Griff; schon Ceausescu bekam die nicht in den Griff; denkt nicht, Schweizer, ihr bekommt die in den Griff.»



STIMMUNGEN UND ÄNGSTE IM ZENTRUM DER FREIZÜGIGKEITSDEBATTE

Die Roma – und der «Judenstempel»

Um sie geht es bei der Ausweitung der Personenfreizügigkeit zwar in keiner Weise – und doch prägen sie hierzulande die Debatte: Die Roma sind definitiv zum politischen Spielball und zur Projektionsfläche diffuser Ängste geworden.

MARC LETTAU

Ein häufiges Argument der Gegner der erweiterten Personenfreizügigkeit sind die Roma. Auch in der gestrigen Nationalratsdebatte dienten sie der SVP als Illustrationsmittel: Italiens Schwierigkeiten mit zugewanderten Roma zeigten, was der Schweiz mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien drohe. Der Solothurner SVP-Vertreter Walter Wobmann forderte, die Ausweitung der Personenfreizügigkeit müsse wenn schon an viel effizienteren Rücknahmeabkommen für Roma geknüpft werden: «Hunderttausende wollen in

den gelobten Westen.» Nur: Die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien hat gar keinen Einfluss auf die Reisefreiheit der Roma. Bereits seit 2004 können sämtliche Bürgerinnen und Bürger Rumäniens und Bulgariens – unabhängig ihrer Ethnie – als Touristen visumsfrei für drei Monate in die Schweiz einreisen. Wer seinen Aufenthalt missbraucht und beispielsweise illegal einer Arbeit nachgeht, bettelt oder kriminell wird, kann bereits heute gezwungen werden, das Land sofort zu verlassen. Seit die Schweiz die Rückkehrhilfe für Asylsuchende aus den beiden Ländern definitiv gestrichen hat und Rumänien wie Bulgarien die Rückübernahmeregeln erneuert, ist auch die wohl letzte «Missbrauchsnische» gestopft: Pro Monat treffen laut Behördenangaben nur noch «null bis zwei» Asylgesuche von Bulgaren und Rumänen ein.

Kein italienischer Schlendrian

Italienische Verhältnisse könnten sich in der Schweiz schon deshalb

nicht wiederholen, weil die Schweiz nicht im Sinn habe, die Zügel schleifen zu lassen, sagte gestern Bundesrätin Doris Leuthard. Italien habe sich sein Problem eingehandelt, weil über Jahre hingezogen worden sei, dass sich illegale Aufenthalter niederliessen. Und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf versuchte konzentriert, ihren Noch-Parteiliegen den Unterschied klarzumachen: Der visumsfreie Touristenverkehr sei das eine; die geregelte und schrittweise Öffnung des Arbeitsmarkts das andere. Wenn künftig im ureigenen Interesse der Schweiz Arbeitsstellen mit fachlich ausgewiesenen Rumänen oder Bulgaren besetzt würden, spiele die Ethnie keine Rolle. Will heissen: Braucht ein Schweizer Spital eine qualifizierte Krankenschwester, dann ist einerlei, ob sie eine ungarischsprachige Rumänin, eine rumänische Roma, eine muslimische Bulgarin oder eine Angehörige einer anderen sprachlichen, kulturellen oder religiösen Minderheit ist. Dazu Doris Leuthards Kurzformel: «Es kommt

niemand auf den Schweizer Arbeitsmarkt, der keinen Vertrag hat.»

Scherers «Roma-Verträge»

Nicht allen genügten gestern solche Klarstellungen. Marcel Scherer (svp, LU), trotz bundesrätlicher Belehrung in Furcht vor einer Roma-Zuwanderung, fragte nach, ob man denn «Arbeitsverträge für Roma» ausgestalten wolle. Diese saloppe Anregung deutete Josef Lang (grüne, ZG) umgehend als «Ungeheuerlichkeit», als eine Art «Wiederkehr des Judenstempels». Es sei mehr Sensibilität nötig: «Die Roma sind immerhin das andere Volk, das die Nazis auszurotten versuchten.»

Gibt es denn gute Roma?

«Wer Roma mit Rumänen gleichsetze, betreibt bewusst Demagogie», sagte mit Verve Kathy Riklin (csp, ZH). Nur implizieren selbst solche wohlgemeinten Voten, dass – wenn nicht die Rumänen – halt die Roma «ein Problem» seien. Auch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sprach konsequent von

«Roma-Problematik». Ist somit der Begriff Roma auch Jahrzehnte nach den hiesigen Übergriffen auf die «Zigeuner» (Kinder der Landstrasse) zwingend ein Synonym für «Problem»? Für den rumänischen Staatssekretär Gruia Bumbu ist eine solche Gleichsetzung generell der Wesenszug der Diskriminierung der Roma. Der hochrangige Beamte, selber Roma, sagt von sich, er werde nicht mehr als Roma wahrgenommen. Das sei typisch: «Erfolgreiche Roma sind in der öffentlichen Wahrnehmung Rumänen, erfolglose Rumänen sind in der öffentlichen Wahrnehmung Roma.»

Übrigens fehlen in Rumäniens Wirtschaft derzeit schätzungsweise 200'000 Arbeitskräfte, vor allem in der stark erhitzten Bauwirtschaft. Bumbu regt an, mehr für die Integration der Roma in diesen Arbeitsmarkt zu tun, statt Arbeitskräfte zu importieren. Bundesrätin Widmer-Schlumpf deutete gestern an, dass die Schweiz ihre Kohäsionsprojekte in Rumänien allenfalls auf solche Initiativen ausrichten könnte.

ZUR SACHE:



Peter Spuhler ist Thurgauer SVP-Nationalrat

«Ein weiser Entscheid»

«BUND»: Herr Spuhler, der Nationalrat will die Vorlagen zur Personenfreizügigkeit trennen. Ist Ihnen ein Stein vom Herzen gefallen? PETER SPUHLER: Ja, ich bin sehr zufrieden. Das ist ein weiser Entscheid. Wir haben dem Volk versprochen, dass es über alle Vorlagen abstimmen kann. Paketlösungen sind undemokratisch und schlecht.

Nicht zuletzt kämpft Ihre Partei, die SVP, in dieser Konstellation nicht vollends gegen Ihre Interessen. Trotzdem: Wenn die Schweiz zu Rumänien und Bulgarien Nein sagt, sind doch die ganzen bilateralen Verträge in Frage gestellt.

Da muss man unterscheiden: Sagt das Volk Nein zur Personenfreizügigkeit, wäre das eine Katastrophe für die Schweiz. Es gäbe viele Nachteile für unsere Unternehmen. Die Wirtschaft wäre gezwungen, einen EU-Beitritt zu forcieren. Sagt das Volk Nein zur Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien, dann wäre das viel weniger schlimm. Es käme zu Nachverhandlungen mit der EU. Davon bin ich überzeugt.

Die EU hat aber immer wieder signalisiert: Personenfreizügigkeit ohne ein Ja zu Rumänien und Bulgarien gibt es nicht. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, dem Volk reinen Wein einzuschenken und beide Vorlagen zusammenzuführen?

Was der slowenische Aussenstaatssekretär am Dienstag vor so einer wichtigen Debatte gesagt hat, finde ich ungeschickt. Wenn der Schweizer in Europa-Fragen unter Druck gesetzt wird, reagiert er mit einer Abwehrhaltung. Nein, es ist ehrlicher, dass wir Rumänien und Bulgarien separat auf den Tisch bringen. Es sind zwei unterschiedliche Vorlagen. Aber es ist richtig: Mittelfristig wird die EU eine Ungleichbehandlung von Rumänien und Bulgarien nicht akzeptieren. Wir können nicht sagen, diese Länder wollen wir und diese nicht.

Das heisst, Sie werden die Ausdehnung befürworten?

Ja, ich werde zweimal Ja stimmen. Auch wenn der Bundesrat bei der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit beispielsweise bei der Rückführung der Roma noch besser hätte verhandeln können.

Aber als Unternehmer profitieren Sie auch von der Ausdehnung.

Man sagt immer, der Spuhler sei nur darum für die Ausdehnung, weil er nach Rumänien und Bulgarien Züge liefern will. Das stimmt nicht. Stadler Rail hat in vier EU-Staaten Produktionsstätten. Wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit ablehnt, kann ich als Unternehmer von Deutschland oder Ungarn aus den EU-Markt bedienen. Die Rechnung würde aber für meine Schweizer Mitarbeiter und die KMUs, die uns beliefern, nicht aufgehen. Die können wir nicht mitnehmen. Es ist darum wichtig, dass wir den bilateralen Weg weiter gehen. Er sichert den Wohlstand.

Wie schätzen Sie die Chancen bei einer Volksabstimmung ein: Wird die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien angenommen?

Das wird sicher eine kritische Abstimmung. Aber wir müssen das Volk mit Argumenten überzeugen und nicht aus Angst wie der Ständerat nur eine Vorlage beschliessen. Ich hoffe dass der Ständerat – beeinflusst von der öffentlichen Meinung – umschwenkt.

Interview: Jürg Ackermann